

Der lange Weg von Stockholm nach Kopenhagen

Ein kurzer Überblick über die Politik
Nachhaltiger Entwicklung auf den Ebenen
Welt, Europa, Deutschland und Region

Bernd Hamm

Folien unter www.la21-trier.de abrufbar

1. Nachhaltige Entwicklung

Was ist das Problem?

Die Menschheit ist dabei, ihre biologischen Existenzgrundlagen zu zerstören. Luft, Gewässer und Böden werden durch Schadstoffeinträge geschädigt; die globale Erwärmung verändert die Lebensräume für Menschen, Tiere und Pflanzen; Biologische Arten werden in großer Zahl ausgerottet; Rohstoffe übernutzt; Senken überfordert.

Worldwatch Institute: Zur Lage der Welt, jährlich seit 1984 (dt. Frankfurt: Fischer); Global Environment Outlook (<http://www.unep.org/geo>); Globale Trends (Frankfurt: Fischer, alle 2 Jahre)

Definition:

Nachhaltige Entwicklung ist eine Entwicklung, die es gegenwärtigen Generationen erlaubt, ihre Bedürfnisse zu befriedigen (*intragenerative Gerechtigkeit*), ohne spätere Generationen (*intergenerative Gerechtigkeit*) in diesem Bestreben zu beeinträchtigen (Unsere gemeinsame Zukunft, S. 46)

Bernd Hamm: Die soziale Struktur der Globalisierung. Berlin: Homilius 2006

Bernd Hamm (Hg.): Umweltkatastrophen. Berlin: Homilius (erscheint demnächst)

Die „drei Säulen der Nachhaltigkeit“

Im Zentrum aller Bemühungen um Nachhaltige Entwicklung steht die **Ökologie**. Sie wird geschädigt durch eine **Ökonomie**, die blind auf Wachstum und kurzfristig maximalen Gewinn anstatt auf langfristige Existenzhaltung ausgerichtet ist. Um sie zu verändern, müssen wir unsere **Gesellschaften** anders organisieren.

Nachhaltige Entwicklung ist ein holistisches, ein **ganzheitliches** Konzept. Deshalb ist es nicht in ein Schema wissenschaftlicher Disziplinen oder administrativer Fachressorts einzuordnen. Es ist ein **globales** Konzept. Deshalb passt es nicht in unsere überwiegend national definierte Politik. Es ist ein **kritisches**, ein radikales Konzept, das auf einen Systemkonflikt hinweist.

Kurz: Unsere Gesellschaften sind nicht so organisiert, dass sie mit einem solchen Problem produktiv umgehen können. Sie müssen folglich verändert werden, wenn Menschen dauerhaft auf der Erde Überleben wollen.

Grundprinzipien der Nachhaltigkeit

- Durch Photosynthese verwandeln grüne Pflanzen Sonnenlicht, Kohlendioxyd, Nährstoffe und Wasser in Biomasse (essbare Pflanzen), auf denen alle Nahrungsketten beruhen, und Sauerstoff.
- Es gibt einen Grundstock an Naturkapital, einen natürlichen Alterungs- und Absterbeprozess (z.B. werden Pflanzen zu Kohle und Erdöl) und einen natürlichen Regenerationsprozess (Wachstum) - „Zinsen“
- Nachhaltig leben heisst, mit dem Konsum dieser „Zinsen“ auskommen, ohne das Kapital selber anzugreifen.
- Gesellschaft als Metabolismus: Ökologisch gesehen ist Gesellschaft ein Stoffwechselorgan, das zwischen Mensch und Natur steht.
- „Natur“ kann nicht roh konsumiert, sie muss verarbeitet werden

Naturverbrauch und Gerechtigkeit

- In jeder Verarbeitungsstufe werden Energie und Materie fortlaufend und unwiderruflich in ein Stadium geringerer Nutzbarkeit umgewandelt („Entropie“, 2. Thermodynamisches Gesetz)
- Alle ökonomische Aktivität führt daher notwendig zu einem ständigen Ansteigen der Abstoffe (Abfälle, Abwasser, Abluft, Abwärme etc.)
- Alle „Produktion“ ist daher tatsächlich Konsum
- Um 1970 waren Nettoproduktivität und Verbrauch im Verhältnis 1:1; 2008 ca. 1:1,3
- Verteilungsproblem: Menschen verbrauchen unterschiedlich viel: Wir in den „reichen“ Ländern verbrauchen 80% der Naturressourcen der Erde
- Menschenrechte und Nachhaltigkeit: Jeder Mensch hat Anspruch auf die „gleiche Menge Natur“ (Recht auf Leben und Unversehrtheit)

Lester R. Brown: Plan 3.0. So retten wir unsere Welt! Berlin: Homilius 2009

„Managementregeln“ der Nachhaltigkeit

- Nicht-erneuerbare Ressourcen sollen nicht oder doch so wenig wie möglich genutzt werden;
- Erneuerbare Ressourcen sollen nicht über ihre natürliche Regenerationsrate hinaus genutzt werden;
- Senken sollen nicht über ihre natürliche Absorptionsfähigkeit hinaus belastet werden
- Dauerhafte Schädigungen biologischer Arten, des Klimas, des Bodens, der Gewässer, der Atmosphäre sollen vermieden werden;
- Grossrisiken sollen vermieden werden

<http://www.nachhaltigkeit.info/>

Der lange Weg von Stockholm nach Kopenhagen

Was ich behandeln werde:

Nachhaltigkeitspolitik, insbesondere
Rio-Prozess, dabei etwas eingehender Klimapolitik;
EU Strategie für Nachhaltige Entwicklung (2001)

Was ich nicht behandeln werde:

-
-
-
-

Globale Trends, alle 2 Jahre im Fischer Verlag
Jahrbuch Ökologie, jährlich im Verlag Hirzel

Inhalt

1. Nachhaltige Entwicklung
2. Schlüsseljahr 1972
3. 1983 bis 1987: Brundtland-Kommission, Bericht
4. 1992 World Conference on Environment and Development, Rio de Janeiro
5. Organisation des Rio-Prozesses
6. Weltkonferenzen der 1990er Jahre
7. Europäische Strategie für Nachhaltige Entwicklung
8. Strategie der Bundesregierung für Nachhaltige Entwicklung
9. Lokale Agenda 21
10. Die Rolle der Nichtregierungsorganisationen
11. Die großen Kontroversen und Konflikte

2. Schlüsseljahr 1972

- **Konferenz der Vereinten Nationen über die menschliche Umwelt, Stockholm, 1972**

Ergebnisse: Stockholm-Deklaration; Aktionsplan;

UNEP = United Nations Environmental Program, Nairobi

Earthwatch, ein globales Beobachtungssystem

Beginn der nationalen Umweltpolitiken (in Deutschland im Innenministerium)

Quelle: www.nachhaltigkeit.info/artikel/uno_konferenz_stockholm_1972_688.htm;

<http://www.unep.org/>

- **Bericht des Club of Rome: Die Grenzen des Wachstums, 1972**

Ergebnis: Spätestens um das Jahr 2100 wird wegen der Übernutzung der Rohstoffe und der Überlastung der Senken die Weltbevölkerung dramatisch einbrechen. Verantwortlich sind die Industrieländer. Verlangt werden ein ganzheitlicher Ansatz, globaler Wohlstandsausgleich, soziale Innovationen.

Quelle: Dennis Meadows u.a.: Die Grenzen des Wachstums. Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit. Stuttgart: DVA 1972

3. Brundtland-Kommission 1983-87

1983 setzt die Vollversammlung der Vereinten Nationen die **Weltkommission für Umwelt und Entwicklung** unter dem Vorsitz der norwegischen Ministerpräsidentin Gro Harlem Brundtland ein und gibt ihr als Untersuchungsauftrag, Perspektiven zu langfristig tragfähiger, umweltschonender Entwicklung im Weltmaßstab bis zum Jahr 2000 zu erarbeiten. Ihr Bericht „Our Common Future“ wird 1987 veröffentlicht.

Forderung: Die Armut in den Entwicklungsländern muss überwunden und der materielle Wohlstand in den Industrieländern mit der Erhaltung der Natur als Lebensgrundlage in Einklang gebracht werden.

Die Empfehlungen des Berichts sollten auf einer Konferenz (**United Nations Conference for Environment and Development, UNCED**) in internationales Recht überführt werden.

Quelle: Unsere gemeinsame Zukunft, hg. von Volker Hauff. Greven 1987

4. Weltkonferenz für Umwelt und Entwicklung

Juni 1992: **United Nations Conference on Environment and Development**,
Rio de Janeiro (UNCED)

Vorbereitung: Schon im Vorfeld insbesondere von Wirtschaftslobbies
(„World Business Council on Sustainable Development“) heftig umstritten.

Ergebnisse:

- Rio Declaration

- Agenda 21

- Framework Convention on Climate Change

- Convention on Biodiversity

- Declaration on Forests

- Declaration to Combat Desertification

Die starken Interessengegensätze ließen es nicht zu, dass an der Konferenz bereits völkerrechtlich verbindliche Handlungsanweisungen verabschiedet werden konnten.

Quelle:http://www.un.org/esa/dsd/resources/res_docukeyconf.shtml

5. Organisation des Rio-Prozesses

Die **Commission on Sustainable Development** (CSD, 53 Mitgliedsstaaten) hat drei Aufgaben:

- den Agenda 21-Prozess zu überwachen
- den Rio-Prozess zu evaluieren, insbesondere durch Folgekonferenzen (Rio+5 New York 1997, Rio+10 Johannesburg 2002)
- die Politik der gesamten UN-Organisation auf Nachhaltige Entwicklung zu koordinieren

Zu den mehrtägigen Sitzungen sind NGOs zugelassen; Outreach Issues)

Die **Division of Sustainable Development** ist ihr Verwaltungsunterbau (Sitz am Sitz der UN in New York)

Die beiden Konventionen müssen zu völkerrechtlich bindenden Instrumenten mit konkreten Handlungsanweisungen fortentwickelt werden. Für beide Beginnen nach Rio eigene Verhandlungsstränge, die jeweils von einem Sekretariat administrativ betreut werden.

Quelle: http://www.un.org/esa/dsd/csd/csd_aboutcsd.shtml

Agenda 21

40 Kapitel in vier Teilen:

Zuständig für den Vollzug sind die Unterzeichnerstaaten. Die haben sich durch Unterschrift dazu verpflichtet. Es handelt sich aber um eine Vereinbarung, die nicht erzwungen werden kann

Überwachungsprozess

Quelle: www.un.org/esa/dsd/agenda21/res_agenda21_00.shtml

Klima

- In den 1990er Jahren wurden p.a. 200 Mio Menschen von klima-bedingten Naturkatastrophen betroffen, bei 100 Mrd € Kosten
- Die 2000er Jahre sind wärmste Dekade, seit es Klimamessungen gibt
- Polareis und Gletscher schmelzen ab; die Meeresspiegel steigen an und bedrohen zahlreiche Küsten-Metropolen (New York, St. Petersburg, Kairo, Kalgata etc.) und Inselstaaten (u.a. Australien! Südpazifik, Malediven).
37% der Weltbevölkerung leben 60 km von der Küste
- Extreme Wetterereignisse (Stürme, schwerer Regen, Überschwemmungen, Trockenheit) nehmen zu
- Die Ursachen sind anthropogen, vor allem durch die Emission von Treibhausgasen aus der Verbrennung fossiler Energien
- Erwärmung geht viel schneller als zunächst gedacht ($\sim 0,2^\circ$ /Dekade)
- Kosten bis 2050 ca. 200 Bill. US\$ (DIW)
- IPCC: Kipp-Punkt bei 2° mittlerer Erwärmung, wir haben bereits $0,8^\circ$

Konsequenz: Wir müssen dringend von der Nutzung fossiler Energien weg

Quelle: www.ipcc.org

Klimarahmenkonvention



UNFCCC

Vertragsstaatenkonferenzen kommen, nach Differenzen in Rio, nur schleppend in Gang:

Verhandlungsprozess 2000 in Den Haag scheitert am Widerstand der „Umbrella“-Gruppe (USA, CDN, J, AT, NZ, N), USA steigen aus

2001 Protokoll wird verabschiedet, weitgehend unwirksam; Bürokratie

Oktober 2004 nach Ratifikation durch Russland in Kraft.

Überwachungsmechanismus, Sanktionen

Quelle: www.unfccc.org

Kopenhagen 2009

Da das Kyoto-Protokoll in 2012 ausläuft, wird seither intensiv über ein Post-Kyoto-Abkommen verhandelt. An der Klimakonferenz auf Bali 2007 führte die harte Haltung der USA zu einer Solidarisierung der EU mit der Gruppe der 77 (130 Entwicklungs-Länder), denen die EU umfangreichen Technologietransfer zusagt.

Positionen für Kopenhagen (COP 15):

USA: Präsident Obama hat Klimaschutzgesetz im Repräsentantenhaus verabschieden lassen, ist aber im Senat gescheitert. Obama: fahre nicht nach Kopenhagen, es gibt dort nichts zu unterzeichnen

EU: hat ihre Position definiert, aber viele Fragen offen gelassen: Reduktion der Emissionen um 20-30% bis 2020; zusätzliche Finanzhilfen an die Entwicklungsländer; osteuropäische Mitgliedsstaaten verlangen, nicht genutzte Emissionsrechte übertragen zu dürfen.

Diagnose: uneinig

LDCs verlangen Festlegungen über Finanzhilfen; Adaptation Mechanism

OPEC verlangt Entschädigung für entgehende Gewinne

Kopenhagen bedeutet das vorläufige Ende einer globalen Klimapolitik

Konvention über Biodiversität



UN Konvention über biologische Vielfalt 1992, 168 Vertragsstaaten;

Ziele: Schutz der biologischen Vielfalt,
Nachhaltige Nutzung ihrer Bestandteile
Zugangsregelung und gerechter Ausgleich von Vorteilen, welche aus
der Nutzung genetischer Ressourcen entstehen.

Globale Biodiversitätsstrategie (UNEP):

Sekretariat in Montreal; Nationale Berichte, nationale Strategien und
Aktionspläne (Strategie der Bundesregierung 2007); keine Sanktionen
Vertragsstaatenkonferenzen als oberstes Überwachungs- und
Entscheidungsgremium

Quelle: www.biodiv.org

World Summit on Sustainable Development

Rio + 10, Johannesburg 2002

Ergebnis: Erklärung, Aktionsplan

- Abkommen zum Ausbau erneuerbarer Energien
- Bis 2015 Zahl der Menschen halbieren, denen sauberes Trinkwasser fehlt
- Weiteres Aussterben biologischer Arten verhindern
- Emission toxischer Chemikalien verringern
- Fischbestände der Weltmeere regenerieren
- Auslauf von Exportsubventionen
- Erweiterte Rechenschaftspflicht der Unternehmen

Es fehlen: Klar benannte Verantwortliche, Zielgrößen, Zeithorizonte, Überwachungsmechanismen, Sanktionen

Diagnose: Der Rio-Prozess wurde totverhandelt

Quelle: www.un.org/esa/sustdev/csd.htm

6. Weltkonferenzen zwischen 1990 und 1998

1992 Konferenz für Umwelt und Entwicklung – Erdgipfel (UNCED) Rio de Janeiro, Brasilien

1993 Zweite Weltmensenrechtskonferenz Wien, Österreich

1994 Dritte Konferenz für Bevölkerung und Entwicklung (ICPD) Kairo, Ägypten

1995 Weltgipfel für Soziale Entwicklung – Sozialgipfel (WSSD), Kopenhagen, Dänemark

1995 Vierte Weltfrauenkonferenz (WCW) Peking, China

1996 Zweite Weltkonferenz für Wohn- und Siedlungswesen (Habitat II) Istanbul, Türkei

1996 Welternährungsgipfel (WFS) Rom, Italien

1998 Weltwissenschaftskonferenz Budapest, Ungarn

Ein Inventar des Weltgewissens und ein Handlungsprogramm!

Quelle: Maria Behrens (Hg.): Globalisierung als politische Herausforderung: Global Governance zwischen Utopie und Realität. Wiesbaden: VS Verlag

7. EU Strategie für Nachhaltige Entwicklung

Strategie der Europäischen Union für Nachhaltige Entwicklung
(verabschiedet vom Europäischen Rat Göteborg, Juni 2001)

Ziel: Schonung natürlicher Ressourcen:

Organisation der Umsetzung

Wirksamkeit der Politik verbessern:

Das wichtigste Instrument zur Umsetzung ist das 6. Umweltaktionsprogramm 2001-2010. Aktionsbereiche: Klimaänderungen; Natur und biologische Vielfalt; Umwelt, Gesundheit und Lebensqualität; Natürliche Ressourcen und Abfälle.

Quelle: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=CELEX:52001DC0031:DE:HTML>

Überprüfung der Durchführung

Mechanismen zur Überprüfung der Durchführung

-
-
-
-
-
-
-

8. Zukunftsfähiges Deutschland

Vom Wuppertal-Institut im Auftrag von BUND und Misereor verfasst (Basel 1996):

Defizite: Kümmert sich weder um die Ursachen des heutigen Zustandes noch um die Konsequenzen seiner Rezepte

Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt, hg. von Brot für die Welt, Evangelischer Entwicklungsdienst, BUND (Frankfurt: Fischer 2008, 656 S., 15,40€)

Ausgangslagen

Bilanzen

Leitbilder

Kurswechsel in Deutschland und Europa

Übereinkünfte global

Engagement vor Ort

Sehr reichhaltige, empfehlenswerte Quelle!

Perspektiven für Deutschland

2002 von der Bundesregierung verabschiedete Nachhaltigkeitsstrategie:

- Im Pilotprojekt Energie sollen Offshore-Windanlagen und Brennstoffzellen-Technologie gefördert werden (aber nichts konkretes zur Energieeinsparung);
- Pilotprojekt “Bahnverkehr in der Region”: In zwei Regionen soll die bessere Auslastung der Nebenstrecken “analysiert und bewertet sowie konkrete Lösungsmöglichkeiten erprobt werden”;
- Pilotprojekt “Regionen aktiv”: In einem Wettbewerb sollen 10 bis 15 Regionen ausgewählt werden, in denen “multifunktionale Landwirtschaft” gefördert wird.
- Im “Managementkonzept” (Teil F) verspricht die Bundesregierung, dass sie an Hand von 21 Indikatoren alle zwei Jahre über das Erreichte berichten und die Strategie weiter fortentwickeln will.

Fortschrittsberichte 2004, 2008 (21 Indikatoren). Peer Review 2009

Staatssekretärsausschuß für Nachhaltige Entwicklung (alle Ressorts)

Parlamentarischer Beirat für Nachhaltige Entwicklung

Rat für Nachhaltige Entwicklung (13 Mitglieder)

Quelle: www.dialog-nachhaltigkeit.de

9. Lokale Agenda 21

„Bis 1996 soll sich die Mehrzahl der Kommunalverwaltungen der einzelnen Länder gemeinsam mit ihren Bürgern einem Konsultationsprozess unterzogen und einen Konsens hinsichtlich einer ‚lokalen Agenda 21‘ für die Gemeinschaft erzielt haben.“ (Agenda 21, Kap. 28)

International Council for Local Environmental Initiatives (ICLEI) Toronto/Freiburg:

Ende 1996 1.800 Gemeinden in 64 Ländern; 2002: 6.414 Gemeinden in 113 Ländern; 90 % in den Industrieländern; am erfolgreichsten dort, wo es nationale Kampagnen gibt (18 Länder) Quelle: www.iclei.org

Best Practices and Local Leadership Programme (UNCHS)

Europäische Kampagne zukunftsfähiger Städte und Gemeinden

Quelle: www.sustainable-cities.org/home.html

Lokale Agenda Trier e.V. www.LA21-trier.de

Alle LA21-Prozesse klagen über zu wenig Mittel und zu wenig politische Unterstützung

Lokale Agenda 21 Trier e.V.

Der Stadtrat hat mit seinem Beschluss vom 23.11. 1998 verlangt, es sei „eine Lokale Agenda 21 für Trier zu erarbeiten und ein Konsultationsprozess zur Bevölkerungsbeteiligung zu initiieren“. Nachhaltige Entwicklung soll „in allen Lebens-, Politik-, Verwaltungs- und Wirtschaftsbereichen ein übergeordnetes Handlungsziel sein“.

Der Verein Lokale Agenda 21 e.V. Trier beschäftigt sich mit fünf Arbeitsbereichen:

-
-
-
-
-

Nachhaltiges Trier: Zielpapier für Nachhaltige Entwicklung in Stadt und Region

Engagieren Sie sich!

Geschäftsstelle: Palaststrasse 13, Tel. 9917753, eMail info@la21-trier.de

10. Rolle der Nichtregierungsorganisationen

Demokratie am Ende? Politische Entscheidungsmechanismen sind nur schwer in der Lage, mit dem Problem Nachhaltigkeit produktiv umzugehen. Korrektur oder Verstärkung bestehender Defizite durch NGOs?

Wer sind NGOs?

Legitimation der NGOs

Eigeninteressen der NGOs

Astroturfing (z.B. Global Climate Coalition)

Forum Umwelt und Entwicklung: 1992 als Dachorganisation von 35 Umweltverbänden gegründet (www.forumue.de);

Friends of the Earth: Weltweit grösste Umweltorganisation mit Mitgliedsverbänden in 63 Ländern Deutsche Mitgliedsorganisation: BUND (www.foe.org)

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND): 1975 gegründet, heute grösster deutscher Umweltverband und größter Mitgliedsverband von FoE; 240.000 Mitglieder in 2.100 Ortsgruppen (www.bund.net)

Attac: Globalisierungskritisches Netzwerk (www.attac.de)

WEED = Weltwirtschaft und Entwicklung (www.weed-online.org);

Infobrief (www.weltwirtschaft-und-entwicklung.org):

11. Die großen Kontroversen und Konflikte

Auf der einen Seite stehen die Interessen des **kurzfristig maximalen Gewinns**. Das sind die großen, insbesondere die börsennotierten Unternehmen, die angetrieben werden von den Finanzmärkten. Sie verfügen über enorme Geldmittel und herrschen über Regierungen, Internationale Institutionen (wie Weltbank, Währungsfonds, Welthandelsorganisation) und Medien. Für sie ist Nachhaltige Entwicklung, wenn sie das Konzept überhaupt verstehen, ein Marketing-Argument.

Auf der anderen Seite steht eine Logik des **langfristig und bescheiden Sich-Einrichtens in die Bedingungen der Natur**: die UN-Generalversammlung, viele NGOs, viele Wissenschaftler, die überwältigende Zahl der KMUs, der „normalen“ Menschen stehen dafür – wenn sie denn verstünden, worum es in diesem Konflikt geht und wenn sie eine realistische Chance hätten, sich wirksam zu artikulieren.

Dies ist die Essenz des Systemkonflikts, global, international, auch innerhalb unserer Gesellschaften. Darum geht es im Konzept Nachhaltige Entwicklung.

Inzwischen geht die Naturzerstörung kaum gebremst weiter

12. Ausblick

Die globale Ebene scheint unter gegebenen Machtverhältnissen nicht in der Lage, auf drängende globale Probleme eine praktische Antwort zu finden.

Das Fiasko von Kopenhagen, zusammen mit der aktuellen Finanzkrise, stärkt die Skepsis vieler Menschen über die Segnungen von Globalisierung und Neo-Liberalismus. Es stärkt die Suche nach dezentralen Lösungen.

Das Scheitern von Kopenhagen hat nicht zur Folge, dass die Europäische Union, die Bundesregierung, die Landesregierung oder die Stadt Trier ihre umweltpolitischen Ziele aufgeben oder gar widerrufen.

Inzwischen ist das Thema Nachhaltige Entwicklung bei vielen Menschen, zumal in den wohlhabenden Ländern, angekommen. Gegen sie werden kaum mehr Wahlen zu gewinnen sein. Die Bedeutung von Umweltschonung und Gerechtigkeit nimmt wieder zu.

Es gibt – neben den klimapolitischen – viele gute Argumente für einen grundlegenden Umbau unserer Energieversorgung: Peak-Oil, Rohstoffkriege, Abhängigkeiten, Internalisierung von Wertschöpfung.

Kopenhagen ist gescheitert, vielleicht ist Politik gescheitert. Nachhaltige Entwicklung ist zu einer Bewegung von unten geworden.